

JENSEITS DER MILLENNIUMSZIELE

WERTEORIENTIERUNG FÜR DIE KÜNFTIGE ENTWICKLUNGSPOLITIK

EXPERTENGESPRÄCH IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, BERLIN, 16. JANUAR 2009

Entwicklungspolitik lässt sich nicht nur nach technischen, monetären oder quantitativen Kriterien gestalten. Sie sowohl inhaltlich als auch politisch zu begründen, verlangt aus Sicht der Konrad-Adenauer-Stiftung immer auch nach einer Orientierung an Werten. Wir müssen uns deshalb nach wie vor fragen: Welche Wertebindungen sind für die Entwicklungspolitik nötig, möglich und umsetzbar? Welche Werte sind dies? Welche Geltung kommt ihnen heute und in Zukunft zu?

Diese Fragen nach den ethischen Prinzipien des entwicklungspolitischen Handelns liegen jenseits der Millenniumsziele. Sie sind – bis zu einem bestimmten Punkt – unabhängig davon, ob oder inwiefern diese Ziele erreicht werden, denn sie müssen auch noch über 2015 hinaus beantwortet werden. Deshalb werden die Millenniumsziele Etappenziele bleiben, ohne dass dies ihre Bedeutung reduziert. Sie können jedoch eine Auseinandersetzung mit der Begründung von Entwicklungspolitik nicht ersetzen.

Auf der einen Seite lässt sich Entwicklungspolitik relativ wertneutral beurteilen: als notwendiges Element einer globalen Ordnungspolitik, als Instrument der Friedenssicherung und der Gefahrenabwehr im Interesse aller Beteiligten, als unverzichtbarer Bestandteil der Außenwirtschaftspolitik oder zur Sicherung von fairen Handelsmöglichkeiten. Auf der anderen Seite erscheint die Wertebindung der Entwicklungspolitik für viele zwar selbstverständlich, aber begründungsbedürftig, da sie sich vor eine Reihe von Fragen gestellt sehen, die immer wieder von neuem nach einer Antwort verlangen: Welche Funktion haben Werte für das entwicklungspolitische Handeln?

Alle politischen Entscheidungsträger, für die das Erreichen der Millenniumsziele letztlich ein Ausbalancieren zwischen nationalen und internationalen Interessen ist, orientieren sich im Prinzip an ethischen Werten, unabhängig davon, ob und wie sie diese benennen. Wertebindungen kommen nicht nur auf der Ebene in-

dividueller Motivation zum Tragen, sondern sie bilden einen elementaren Bestandteil aller Begründungen in der Entwicklungspolitik.



*Erzbischof
Dr. Ludwig Schick
und Bischof Martin
Schindehütte
im Dialog.*

Primat der christlichen Werte

Vor dem Hintergrund der christlichen Theologie und Glaubenslehre erscheint es geradezu als selbstverständlich, dass Entwicklungspolitik etwas mit Werten zu tun hat. Schließlich handelt es sich offensichtlich um die Hinwendung zum „Nächsten“, um die Hilfe des Stärkeren für den Schwächeren und um das Engagement für eine gerechte Welt. Aber es geht nicht nur um Nächstenliebe, sondern um die normative Einbindung eines global ausgerichteten sozialpolitischen Ordnungsdenkens.

Den Ausgangspunkt der Diskussion bildete das Referat von Erzbischof Ludwig Schick (Bamberg), der zunächst die Bedeutung und die Geltung der Millenniumsziele auch über 2015 hinaus hervorhob, aber auch betonte, dass diese inhaltlich gestärkt werden sollten. Er skizzierte zum einen den zentralen Zusammenhang zwischen dem christlichen Personalismus und der weltweiten Solidarität sowie zum anderen die Unterscheidung von Werten und Tugenden. Demnach bedeutet für die christliche Soziallehre die konstitutive Verknüpfung der „Trias der drei S“ von Subjekt, Subsidiarität und Solidarität,



Bild rechts:
Prof. Dr. Gerhard Kruij
und Dr. h.c. Josef Thesing

- dass immer der Mensch als Person in seiner Gottesebenbildlichkeit Träger jeder Entwicklung ist;
- dass menschliches Handeln stets subsidiär sein muss (Eigenverantwortung der kleineren gesellschaftlichen Einheit);
- dass vor diesem Hintergrund Solidarität als „Hilfe zur Selbsthilfe“ die Basis der Entwicklungspolitik darstellt.

Entwicklungspolitisch bedeutet dies Partnerschaft ohne Bevormundung. Hieraus sollte, nach Einschätzung von Erzbischof Schick, der Schluss gezogen werden, der Bildung im Kontext der Millenniumsziele eine wesentlich höhere Priorität zukommen zu lassen als bisher.

Ebenso wie für die „Trias der drei S“ kommt auch in der christlichen Tugendlehre der Reihenfolge des Dreischritts eine ausschlaggebende Bedeutung zu:

- Die fundamentale Gleichheit aller Menschen basiert auf der ihnen zukommenden Würde. Diese verlangt und verdient gegenseitige Hilfe.
- Wer Würde hat, hat Werte. Diese Werte (zum Beispiel: Leben, Freiheit, Bildung, Religion, Selbstbestimmung) gilt es in jedem Menschen zu entwickeln.
- Aus Werten müssen Tugenden werden. Da es über Tugenden jedoch in allen Kulturen unterschiedliche Auffassungen gibt, kann Entwicklungspolitik nur im Dialog zum Konsens finden. Auch für diesen Dialog bildet Religion eine Ressource, die von der Entwicklungspolitik mehr als bisher genutzt werden sollte.

Einen anderen Zugang zur Frage der Werteorientierung von Entwicklungspolitik erläuterte Bischof Martin Schindelhütte aus der Sicht der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD). Als ein Ergebnis der intensiven Auseinandersetzungen, die im Rahmen des „Konziliaren Prozesses“ der evangelischen Kirchen seit langem geführt werden, erläuterte er die „Trias“ der Leitbilder: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Diese Werte hängen nicht nur inhaltlich zusammen, sondern bedingen sich auch historisch von ihrer Genese her. Sie bilden heute den Grundkanon und

damit die normative Kraft evangelischer Entwicklungsarbeit, die auf einem theologischen, biblischen und visionären Konsens basiert und in einem weltweiten Lernprozess weitergetragen wird.

In der sich anschließenden Diskussion kristallisierte sich die Achtung der Menschenwürde als das wichtigste Fundament jeder christlichen Begründung entwicklungspolitischen Handelns heraus. Die Würde der menschlichen Person ist ein transzendentaler Wert, der auf der Glaubensgewissheit basiert, dass jeder Mensch als Bild und Gleichnis Gottes geschaffen wurde. Das Leben jedes Menschen ist deshalb eindeutig und in gleicher Weise auf den Schöpfer hin ausgerichtet. Die Würde jedes Menschen ist aus christlicher Sicht unveräußerlich; sie bildet das Fundament für Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden. Wie stark diese Ausrichtung seit Jahrzehnten die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke geprägt hat, unterstrich auch der Präsident des „Missionswerks missio“, Prälat Klaus Krämer.

Ferner wurde daran erinnert, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte diese Rechte zwar verkünde, sie aber nicht verleihe, da sie jedem Menschen aufgrund seiner Würde bereits innewohnen. Alle Menschen sind ohne Ausnahme in ihrer Würde gleich. Ihr oberstes Grundrecht ist das unantastbare Recht auf Leben. Dies darf niemandem – egal welcher nationalen, ethnischen, sozialen oder religiösen Herkunft, welchen Glaubens oder welchen Geschlechts – entzogen, noch darf sie oder er zum Objekt anderer Interessen degradiert werden. Auf diesem Recht basiert auch die Absage an jede Form von Gewalt. Hierin ist eine umfassende und nicht nur christliche Werteorientierung für Entwicklungspolitik enthalten.

Demokratie und Menschenrechte

Eine primär moralphilosophische Fundierung der Entwicklungspolitik erläuterte am Beginn einer zweiten Einheit Gerhard Kruij (Mainz). Aus seiner Sicht ist

*Bild links:
Prof. Dr. Peter Molt*

*Bild rechts:
Dr. Christian Ruck MdB,
Dr. Gerhard Wahlers,
Peter Weiss MdB und
Dr. Helmut Reifeld (v.l.n.r.)*



der schon oft als „unvermeidlich“ bezeichnete Gegensatz zwischen nationalen Eigeninteressen und entwicklungspolitischen Normen durchaus vermittelbar. Eigeninteressen bleiben unzureichend, wenn sie nicht auch die Interessen der Partner, der künftigen Generationen und das Wohl der Natur angemessen berücksichtigen. Kooperationsbeziehungen zwischen Gebern und Nehmern lassen sich nur dann fair und gerecht gestalten, wenn sie sich um kulturübergreifende, potentiell universalisierbare Normen bemühen. Ein Dialog hierüber ist ebenso geboten wie die beiderseitige Anerkennung einer legitimen Pluralität von Werten.

In besonderer Weise evident ist dies im Fall von Menschenrechten und allgemeinen Gerechtigkeitsprinzipien. Doch auch diesen stehen weltweit unterschiedliche, „partikulare Vorstellungen des Guten“ gegenüber. Zwar lasse sich laut Kruip dieses Spannungsverhältnis grundsätzlich nicht vermeiden, doch könne Entwicklungspolitik dazu beitragen, moralische Regeln der Gerechtigkeit weltweit durchzusetzen.

In der Diskussion wurde betont, dass Menschenrechte und Demokratie heute zu den Eckpfeilern einer primär säkular begründeten Entwicklungspolitik geworden sind. Die internationale Menschenrechtsdiskussion argumentiert überwiegend religionsunabhängig, weil sich entsprechende Begründungsmöglichkeiten nicht nur im Christentum aufzeigen lassen, sondern auch in anderen Religionen oder in der Vernunftphilosophie. Darüber hinaus werden Menschenrechte heute primär rein rational, durch Vernunft oder Konsens begründet. Die entscheidende Antwort auf die Frage nach einer ethischen Begründung liegt in den Erfahrungen von Unrecht, die alle Menschen zu allen Zeiten und an allen Orten der Welt machen mussten.

Einen weiteren Diskussionspunkt bildete die seit langem umstrittene doppelte Orientierung der Entwicklungspolitik an Werten einerseits und nationalen

Interessen andererseits. Bei dieser Kontroverse sollte nicht vergessen werden, so erinnerte Peter Molt (Trier), dass Individuen altruistisch handeln könnten, nicht aber Staaten. Diese haben nur mehr oder weniger gemeinsame Interessen, und diese müssten auf der politischen Ebene vermittelt werden. Die Linderung von Migrationsdruck, die Verbesserung der internationalen Sicherheitslage, Klima- und Umweltschutz, beiderseitiger Handel und Exportmöglichkeiten sowie einvernehmliche Formen der internationalen Zusammenarbeit liegen nicht nur im Interesse der Geberseite. Gleichzeitig liegen Frieden, gerechte Wirtschafts- und Sozialordnungen, Bewahrung der Schöpfung und die Zukunftsfähigkeit aller Staaten der Erde auch und ganz genuin im nationalen Interesse der Geberstaaten. Die Werteorientierung generiert immer wieder von neuem den Einspruch gegen Egoismus, Profitgier und vordergründige Vorteile. Gleichzeitig kann der Einspruch aus der Sicht nationaler Interessen davor bewahren, den Blick für das realistisch Machbare zu verlieren. Werte bieten auch in der Entwicklungspolitik Orientierungsrichtlinien, die das Denken und Handeln nicht nur individueller Akteure, sondern auch von Regierungen bestimmen können.

Wie werden westliche Werte wahrgenommen?

Am Beispiel Afghanistans skizzierte Ingeborg Baldauf (Berlin) abschließend, wie jahrhundertealte Traditionen des „Gabentauschs“, die weit über alles hinaus gehen, was im Westen unter „Hilfe“ verstanden wird, unsere Vorstellungen von „Augenhöhe“ in die Schranken weisen. Westliche Hilfe läuft demnach nicht eo ipso ins Leere, sondern kann durchaus Ehre und Anerkennung finden, aber nur, wenn sie ihren Platz und ihre Grenzen akzeptiert. Ergänzend hierzu erläuterte Hubertus Büschel (Gießen) am Beispiel einiger afrikanischer Staaten, warum die anhaltende Dominanz westlicher Werte bis heute zu Machtasymmetrien führe und es oft schwer mache, von „Partnerbeziehungen“ zu reden.



Entwicklung ist ein umfassender Prozess, der vor allem auf eine Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen und auf eine Stärkung individueller Freiheiten gerichtet ist. Konkrete Entwicklungsanstrengungen müssen in erster Linie von den Menschen, denen diese Entwicklung gilt, selbst getragen werden. Alle Bemühungen, diese Prozesse von außen zu fördern, dürfen sich nicht nur an den eigenen Zielvorstellungen derjenigen orientieren, die fördern wollen, sondern müssen die sozialen und wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen, ökologischen und ordnungspolitischen Traditionen, Bindungen und Identitäten derjenigen, die gefördert werden, mit berücksichtigen. Um beides miteinander in Einklang zu bringen, ist der Dialog unverzichtbar. Insofern dieser dazu beitragen soll, nicht nur das gegenseitige Verstehen zu verbessern, sondern auch im Fall gravierender Differenzen Entscheidungshilfen zu geben, muss er nach den Wertmaßstäben fragen, die nicht nur von einer der beteiligten Seiten vertreten werden.

Der Dialog über Werte bildet gerade in der Entwicklungspolitik eine Brücke zum Verständnis für Armutsbekämpfung, in der Werteorientierung primär zum Ausdruck kommt. Hinzu kommen müssen jedoch auch Auseinandersetzungen über Demokratie, über Transparenz in der Ausübung staatlicher Aufgaben und über die persönliche Verantwortung derjenigen, die mit der Ausübung dieser Aufgaben betraut werden. Wer sich diesen Wertediskussionen nicht stellt, lässt unreflektiert Werte in die Entwicklungspolitik einfließen, ohne sich und anderen darüber Rede und Antwort stehen zu können.

Erst wenn wir dem Denken und Handeln der anderen einen gleichwertigen Rang an Wahrhaftigkeit und Legitimität ihrer Interessen einräumen, eröffnet sich eine tatsächlich vergleichbare Augenhöhe, auf der es gerade die Grundwerte sind, die unterschiedliche Religionen und Kulturen untereinander verbinden und die Grenzen zwischen „westlichen“ und „nicht-westlichen“ Zivilisationen zuweilen als künstlich erscheinen lassen. Diesem Dialog aus dem Wege zu gehen, so der allgemeine Tenor der Diskussion, würde Entwicklungspolitik in die Irre führen.

Die vollständigen Beiträge des Expertengesprächs lesen Sie in einem Heft der Reihe Im Plenum der Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Gerhard Wahlers/Helmut Reifeld (Hrsg.)
„Jenseits der Millenniumsziele“. Werteorientierung für die künftige
Entwicklungspolitik; Sankt Augustin/Berlin 2009,
108 Seiten/ISBN 978-3-940955-80-7*

Bestellungen richten Sie bitte an bestellung@kas.de



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin*

Text und Redaktion

Dr. Helmut Reifeld

Fotos

Tobias Fresenius

© 2009

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-940955-85-2

www.kas.de